

ITA

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger : COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel : 0032 - 2-230 34 72 Belgien

5.Jg. - März 1981
Deutsche Ausgabe Nr. 29
Preis: DM 4,50
Jahresabonnement: DM 45,00

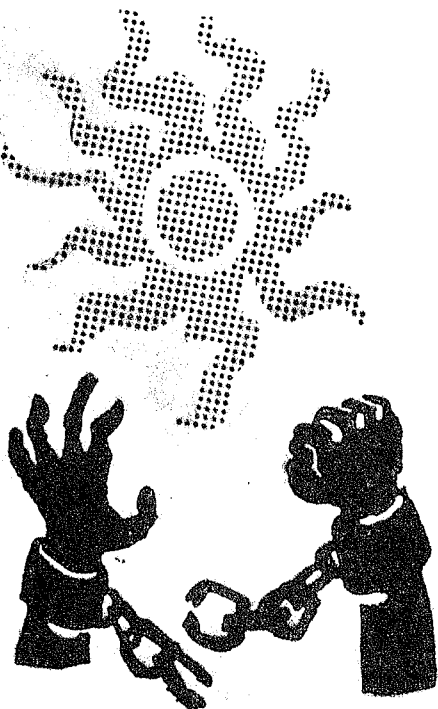
Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

DIE ZIELE DES ANTIFASCHISTISCHEN KAMPFES IN DER TÜRKEI

BRUSSEL (ITA) - Die UNION FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI hat jetzt die Resolutionen veröffentlicht, die auf ihrem ersten Europakongreß am 14. Februar 1981 unter Beteiligung von Delegationen aus sieben europäischen Ländern verabschiedet wurden. Es handelt sich um Beschlüsse zum antifaschistischen Kampf in der Türkei, zum Kampf für Frieden und für die Lösung der speziellen Probleme türkischer Arbeiter im Ausland.

In seiner ersten Resolution fordert der Kongreß alle Mitglieder auf, sich aktiv am Kampf der demokratischen Kräfte in der Türkei zu beteiligen, um eine EINHEITSFRONT aus antifaschistischen, anti-imperialistischen, antimonopolistischen und antichauvinistischen Kräften zu bilden. Ziel des Kampfes soll die Errichtung einer revolutionären demokratischen Bewegung in der Türkei sein.

"Diese Bewegung will
- die faschistische Militärdiktatur beenden, die seit dem 12. September 1980 eine blutige Terrorherrschaft im Interesse der imperialistischen Kräfte, des Großbürgertums und des Großgrundbesitzes in der Türkei ausübt;



- die amerikanisch-türkischen Militärvereinbarungen aufkündigen und die Türkei aus der von den USA kontrollierten NATO herausnehmen;
- die Schlüsselindustrien, Banken, Versicherungsgesellschaften und den Auslandshandel verstaatlichen, um damit auf wirtschaftlicher Ebene die Vorherrschaft der vom Ausland gesteuerten Monopole zu überwinden, die wiederum die Machtgrundlage der gegenwärtigen Militärjunta sind;
- den Einfluß der Monopole und faschistisch-reaktionärer Kräfte auf den Staatsapparat eindämmen und die staatliche Verwaltung nach demokratischen Prinzipien neu ordnen;
- den Faschismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafrechtlich sanktionieren und jede faschistische Propaganda strafrechtlich verbieten, um so die demokratischen Rechte und Freiheiten abzusichern und zu entwickeln;
- die rassistisch-chauvinistische Politik der bisherigen Regierungen in der Provinz Kurdistan beenden und sich für die Durchsetzung national-demokratischer Rechte für das kurdische Volk einsetzen."

In Hinblick auf die zu bildende EINHEITSFRONT stellt der Europakongreß der UNION FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI fest:

- " Die Führung dieser neuen EINHEITSFRONT muß von der politischen Bewegung der Arbeiterklasse ausgehen, da diese einen wichtigen und wachsenden Anteil an der heutigen türkischen Gesellschaft hat und die führende Kraft im demokratischen Kampf ist.
- Grundlage aller Aktionen der EINHEITSFRONT muß das Bündnis aus Arbeitern und Bauernschaft sein.
- Diese EINHEITSFRONT muß auch kleine Händler und Handwerker, Intellektuelle und die kleinbürgerlichen städtischen Schichten umfassen; alle Gruppen und Organisationen, die die nationalen und demokratischen Rechte des kurdischen Volkes verteidigen und gegen rassistisch-chauvinistische Politik kämpfen, müssen ebenfalls ein wesentliches Element dieser EINHEITSFRONT sein.
- Obwohl auch nichtmonopolistische Schichten der Kapitalistenklasse, die im Gegensatz zu den Monopolen stehen, dieser EINHEITSFRONT angehören können, muß jedoch betont werden, daß der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit bestehen bleibt und daß diese nichtmonopolistische Klasse durchaus geneigt sein kann, mit den Monopolen und dem Imperialismus zusammenzuarbeiten; daher stellt sie ein nicht besonders zuverlässiges Mitglied der EINHEITSFRONT dar.
- Die Arbeiterklasse wird den Vorrang in diesem revolutionären Prozeß haben und angeleitet durch ihre wissenschaftlich-sozialistische Partei die geeignete Strategie und Taktik entwerfen, mit der die demokratischen Kräfte im Lande angeleitet werden.
- Bei der Bildung der EINHEITSFRONT ist es von besonderer Bedeutung, daß die verschiedenen wissenschaftlich-sozialistischen Parteien und Organisationen allmählich auf allen Ebenen eine organisatorische Vereinheitlichung vornehmen, um damit die Einheit der politischen Bewegung der Arbeiterklasse zu dokumentieren.
- Die EINHEITSFRONT muß die Prinzipien des gegenseitigen Respekts und der Gleichheit der an ihr beteiligten Organisationen beachten; es darf keine Beeinflussung der internen Angelegenheiten der einzelnen Organisationen geben, die gemeinsam gefaßten Beschlüsse müssen jedoch von allen Mitgliedern respektiert werden.
- Die EINHEITSFRONT muß die wachsende Bedeutung der türkischen Arbeiter im Ausland beachten und sie in den demokratischen Kampf gegen die Junta einbeziehen.
- Der Kampf der EINHEITSFRONT ist Teil des weltrevolutionären Prozesses und er bedarf der internationalen solidarischen Unterstützung."

"Ausgehend von diesen Fakten und Analysen fordert der Europakongreß der UNUON FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI alle seine Mitglieder auf

- alle Möglichkeiten zu nutzen, um eine breite, langfristig angelegte Aktions-einheit mit demokratischen Organisationen im Ausland zu initiieren;
- das quantitative Potential der türkischen Arbeiter im Ausland in eine qualitative Kraft für den Kampf gegen die Junta zu verwandeln, indem die Arbeiter über die Klassenstruktur und die konkrete Politik dieser Junta aufgeklärt werden: UNterdrückung, Tyrannei, Folter; indem die Arbeiter über die Folgen dieser Politik aufgeklärt werden: Eingliederung der Türkei in das imperialistische Weltsystem der Monopole;
- sämtliche friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Kräfte in der Welt über die Entwicklung in der Türkei zu informieren und um deren Soli-darität und Unterstützung in diesem Kampf für Demokratie in der Türkei zu werben."

(Europakomitee der UNION FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI:
DIB-AK, BP 1344 - 1000 Brüssel - Belgien)

EIN BRIEF VON BEHICE BORAN AN DEN EUROPARAT

DEN HAAG (ITA) - Gemäß einem Beschluß der Parlamentarischen Versammlung des Europarats hat der Ständige Ausschuß dieser europäischen Institution am 27.März 1981 eine Untersuchung der aktuellen politischen Situation in der Türkei vorgenommen.

Aus diesem Anlaß hat Behice Boran, Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), die sich zur Zeit im selbstgewählten Brüsseler Exil aufhält, einen Brief an den Präsidenten des Europarats gerichtet, mit dem sie den Ständigen Ausschuß über die Anwendung neuer Einschüchterungsmethoden der Junta gegen alle Kritiker des Militärregimes in Europa informierte.

Hier der Wortlaut des Briefes in einer Übersetzung:

Brüssel, den 25.3.1981

Sehr geehrter Herr!

Gemäß der Resolution des Europaparlaments vom Januar 1981 wird der Ständige Ausschuß des Europarats im Haag am 27.März 1981 die Situation in der Türkei noch einmal überprüfen. Ich möchte diese günstige Gelegenheit nicht verstreichen lassen und Ihnen als ehemalige Abgeordnete und früheres Mitglied des gemeinsamen türkisch-europäischen Ausschusses über neue Maßnahmen der Militärjunta berichten, die etwa seit dem 25.Februar praktiziert werden. Es handelt sich dabei um Vorgehensweisen, die offenkundig eine Verletzung der Menschenrechte und eine Beschneidung der demokratischen Freiheiten darstellen:

Türken im Ausland, gegen die Gerichtsverfahren eingeleitet sind, werden von den Behörden der Junta aufgefordert, sofort in die Türkei zurückzukehren und sich den Behörden des Staatssicherheitsdienstes zu stellen, und zwar innerhalb eines Monats vom Tag der Veröffentlichung der Vorladung an. Dies ist verbunden mit der Androhung der Ausbürgerung zum Ende der Frist.

De facto wird dieses Verfahren, das allen fundamentalen Rechtsgrundsätzen widerspricht, auch auf Personen angewendet, die sich im Land befinden, von denen aber angenommen wird, daß sie sich im Ausland aufhalten. Man will sie zwingen zu erscheinen und sich selbst auszuliefern. Weiterhin wird das gesamte bewegliche Eigentum der Personen, die ihrer Staatsangehörigkeit beraubt werden, von der Regierung beschlagnahmt und, wenn es zweckmäßig erscheint, verkauft. Die Einnahmen aus dem Verkauf werden zusammen mit allen Ersparnissen, Wertpapieren und Obligationen der betreffenden Personen in einer Bank festgelegt. Alle Altersrücklagen oder Versicherungsbeiträge, die während des Arbeitslebens durch Abzweigung vom Lohn oder Gehalt entrichtet wurden, und die von daher einen natürlichen und unveräußerlichen Rechtsanspruch darstellen, werden gleichfalls beschlagnahmt. So leiden auch die Familien und Angehörigen der Betroffenen Verluste und werden sogar teilweise mittellos. Die Zahl der Menschen, die von all dem betroffen ist, beträgt nach nur zwei Monaten bereits etwa 300.

Ein anderer gravierender Verstoß gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten besteht darin, daß Personen, denen "Verstöße gegen den Staat" vorgeworfen werden, Gegenstand der oben aufgeführten Behandlung sind. "Verstöße gegen den Staat", für die diese schweren Strafen verhängt werden, sind unter anderem auch angebliche Verleumdung und Schmähung des Staates, der Regierung, des Staatssicherheitsdienstes und jede sozialistische politische Propaganda; sie sind nach den Artikeln 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzes sämtlich verboten. Diese Artikel wurden 1936 von Mussolinis faschistischem "Gesetz zum Schutz des Staates" übernommen und später verschiedene Male ergänzt und verschärft.

Um Ihnen eine Vorstellung von dem zu geben, welche Formen der Willkür die politische Unterdrückung in der Türkei inzwischen angenommen hat, darf ich meinen Fall als Beispiel anführen:

Ich wurde unter den genannten Artikeln vom Militärgerichtshof Ankara zu acht Jahren und neun Monaten Gefängnis und mehr als zwei Jahren Hausarrest verurteilt, nur wegen zwei Wahlreden, die ich im staatlichen Fernsehen als Kandidatin und Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei während des Wahlkampfes im Herbst 1979 gehalten hatte. Ich wurde später vorgeladen und ohne meine Zustimmung ausgebürgert.

Ein letztes Wort über Folterungen: Kürzlich wurde in der Presse immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Militärjunta als politisches Organ sich keiner Folter bediene und sie auch nicht anwende. Weiterhin, daß die wenigen bekanntgewordenen Fälle von Folterung geahndet und die dafür Verantwortlichen vor Gericht gestellt würden.

Es sollte jedoch angemerkt werden, daß offizielle Delegationen, wenn sie mit Erlaubnis der Behörden und unter deren Aufsicht mit Anwälten, Familien oder Verwandten der Inhaftierten sprechen, die Wahrheit über Folterungen nicht herausfinden können, denn die Betroffenen können nichts enthüllen, aus Angst vor einer Wiederholung bzw. aus Furcht vor der Möglichkeit, wegen ihrer Aussagen selbst verfolgt zu werden.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß die beiden internationalen Gewerkschaftsorganisationen, die geplant hatten, eine Abordnung in die Türkei zu senden, um die inhaftierten Gewerkschafter zu besuchen und zu sprechen, weil in Berichten von Folter und Repression in den Gefängnissen zu lesen war, dieses Projekt aufgaben, da die Militärregierung ihnen verweigert hatte, diese Häftlinge zu sprechen.

Überdies beschränkten sich Gerichtsverfahren gegen Personen, die man als verantwortlich für Folterungen hinstellte, auf solche Fälle, bei denen die Inhaftierten starben. Wenn man bedenkt, daß Folterungen mit tödlichem Ausgang eine sehr keine Ausnahme und nicht die Regel sind, so wird die bereits bekannt gewordene Anzahl der Todesfälle infolge von Folterung mehr als bedeutungsvoll und wirft die Frage nach der Anzahl der Folterungen mit nicht-tödlichem Ausgang auf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Ihre ergebene

Behice BORAN
(Vorsitzende der Arbeiterpartei
der Türkei (TIP))

DAS ZDF UNTERLIESS AUSSTRAHLUNG EINER PROVOKATIVEN EVREN-REDE

ANKARA/BONN (ITA) - Während die europäischen Organe die neuen Einschüchterungsmaßnahmen der Militärs diskutierten, begann der Junta-Chef General Kenan Evren eine Verleumdungskampagne gegen die Kritiker seines Regimes und gegen alle demokratischen Kräfte, die ihre Solidarität mit den regimefeindlichen Türken im Ausland bekundet haben.

In dem vom türkischen Fernsehen produzierten Programm "Brief aus der Türkei", das durch das ZDF für türkische Arbeiter in der Bundesrepublik ausgestrahlt wird, sagte General Evren:

"Jene vaterlandslosen Elemente setzen nun ihre kriminellen Aktivitäten im Ausland fort. Sie fühlen sich nicht als Türken, sondern dienen anderen Ländern bei der Verbreitung pervertierter Ideologien, an die sie glauben."

Sodann "warnte" Evren alle türkischen Staatsbürger im Ausland vor einer Beeinflussung durch all jene, "die aus unserem Land geflohen sind und nun ihre giftige Propaganda im Ausland verbreiten ..."

"Wenn sie wirklich edles türkisches Blut in ihren Adern hätten, um mit den Worten Atatürks zu sprechen, dann wären sie in die Türkei zurückgekommen und hätten die Verantwortung für ihre Taten übernommen. Sie haben jedoch das Land verraten, dem sie so viel schulden... Sie sollen bleiben, wo sie sind. Jeder von ihnen ist käuflich und die türkische Öffentlichkeit verachtet sie zutiefst... Fallt nicht auf ihre Provokationen herein!... Laßt sie nicht bei Euch Unterschlupf finden."

Diese Teile der Rede von General Evren wurden nach Angaben der regierungsfreundlichen türkischen Presse vom ZDF zensiert. Lediglich die Teile seiner Rede, die spezielle Probleme ausländischer Arbeiter und die antiterroristischen Praktiken der türkischen Regierung betreffen, wurden gesendet.

Nach dieser Zensur, die von der regierungsfreundlichen türkischen Presse als eine "Beleidigung der türkischen Nation" bezeichnet wurde, verlangte das türkische Fernsehen, daß das Programm "Briefe aus der Türkei" vollständig abgesetzt werden sollte. Die ZDF-Verantwortlichen sind jedoch auf diplomatische Aktivitäten in dieser Richtung bisher nicht eingegangen.

Während einer anderen Ansprache General Evrens in Manisa beschuldigte er alle europäischen Demokraten, die ihre Solidarität mit den türkischen Demokraten zum Ausdruck bringen, Feinde der türkischen Nation zu sein:

"Jetzt betreiben die Kritiker unserer Regierung ihre Agitation in anderen europäischen Ländern, indem sie die dortigen Möglichkeiten ausnutzen und mit Kräften zusammenarbeiten, die nicht unsere Freunde sind ... Können wir solche Elemente als unsere Staatsbürger ansehen? Ohne Reue haben wir solche Personen aus der türkischen Nation ausgebürgert, d.h. wir haben Verrätern und Spionen die Zugehörigkeit zur edlen türkischen Rasse abgesprochen."

DENKWÜRDIGER BRIEF SOZIALDEMOKRATISCHER ABGEORDNETER AN BULENT ECEVIT -

nur drei Tage vor dem Staatsstreich

Der Chef der türkischen Militärjunta General Kenan Evren sagte in seiner Rede vom 29. März in Manisa: "In unserem Kampf gegen Anarchie und Terror haben wir große Fortschritte gemacht. Alle Organisationen, die unser Regime beseitigen wollen und das Land zu spalten beabsichtigen, haben wir zerstört; ihre Vorkämpfer befinden sich in Gewahrsam."

Mit diesen Worten versuchte er die faschistische Repression gegen demokratische und fortschrittliche Kräfte in der Türkei zu rechtfertigen.

In der gleichen Rede versuchte er all die Kräfte, die vor dem 12. September für Unabhängigkeit und Demokratie kämpften, als subversive Elemente abzustempeln, die sich die Zerstörung des türkischen Staates zum Ziel gesetzt hätten.

In dieser Phase befanden sich unter den Kämpfern gegen soziale Ungerechtigkeit und die Abhängigkeit der Türkei vom Imperialismus auch die Mitglieder und Anhänger der Republikanischen Volkspartei (CHP). Aus diesem Grunde wurden hunderte von ihnen von faschistischen Kommandos ermordet.

Die CHP wurde während des Nationalen Befreiungskriegs von Mustafa Kemal Atatürk gegründet, dessen 100. Geburtstag in diesem Jahr von der Militärjunta gefeiert wird. Nach seinem Tod im Jahre 1938 wurde die Partei von Ismet İnönü geleitet, dem zweiten Präsidenten der türkischen Republik. Seit 1972 bis zum Staatsstreich am 12. September 1980 war der ehemalige Premierminister Bulent Ecevit Vorsitzender dieser Partei. Zusammen mit anderen politischen Parteien wurde die CHP von der Junta verboten, sein Vorsitzender und die Parlamentsmitglieder wurden eingesperrt. Der Druck der Weltmeinung führte jedoch zu ihrer Freilassung nur wenige Wochen später. Die Generäle haben jedoch bereits öffentlich erklärt, daß selbst im Falle einer Wiedererrichtung eines parlamentarischen Regierungssystems Ecevit und anderen Führern dieser Partei jede politische Aktivität untersagt bleiben würde. Daraufhin trat Ecevit als Parteivorsitzender zurück und protestierte damit gegen diese neue antidemokratische Freiheitsbeschneidung. (Weitere Informationen über die CHP: Vgl. INFO-TÜRK-BULLETIN vom Januar und Mai 1977).

In dieser Ausgabe veröffentlichen wir einen offenen Brief, den 32 linksgerichtete Abgeordnete der CHP an den Vorsitzenden ihrer Partei ihrer Partei anläßlich des 57. Jahrestags der Parteigründung am 9. September - nur drei Tage vor dem Staatsstreich - gerichtet haben. In diesem Brief wird erklärt, wie die Türkei in die gegenwärtige Sackgasse geraten ist und welche Lösungsmöglichkeiten die Autoren sehen. Dieser denkwürdige Brief ist ein historisches Dokument, der auch die Machenschaften der Militärjunta entlarvt.

OFFENER BRIEF
AN DEN ZENTRALEN VORSTAND UND AN UNSERE ORGANISATION
BEIM 57. GRÜNDUNGSJUBILÄUM
DER REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI (CHP)

9. September 1980

Seit einiger Zeit wird die türkische Erde mit dem Blut unserer Brüder getränkt. Seit einiger Zeit erlebt unser Land und unser Volk eine schwere Phase, in der jeder Tag noch blutiger, noch dunkler als der Vortag ist.

Dabei ist ein jeder sichtlich dafür, daß dieses blutige Durcheinander, diese "blutige Flut" sobald wie möglich aufhört. Sichtbar verlangt jeder - natürlich seinen eigenen Vorstellungen entsprechend - nach Frieden, Ruhe und Sicherheit.

Dabei wird das verfließende Blut, das verlorene Leben nicht weniger, sondern immer mehr. Obwohl es angeblich niemanden gibt, der den Faschismus verteidigt, verbreitert sich der Faschismus mit seiner ganzen blutigen Dunkelheit über unsere Gesellschaft. "Die Existenzangst", die sich immer mehr verbreitet - verbreitet wird, die die Menschen sogar das Brot und die Freiheit vergessen läßt, ist der offene Beweis dafür.

Wie kommt es denn, daß diese blutige Flut, dieser Kampf in unserem Land nicht aufhört, obwohl angeblich jeder gegen dieses Durcheinander ist ?

Um dieses begreifen zu können, müssen wir unsere Augen kurz von den blutigen Straßen unseres Landes trennen und auf die dahinterliegenden Realitäten, auf die Gesamtheit der Türkei mit ihrer Ökonomie, soziale Struktur, Verteidigung, Außenpolitik; auf die Lage der Türkei in der Welt und im Mittleren Osten lenken.

I

DER ABHÄNGIGKEITSKREIS...

Wegen der strategischen Lage, den marktwirtschaftlichen Möglichkeiten und - vielleicht zuallererst - wegen dem immer wertvoller werdenden Öl ist der Mittlere Osten heute eines der wichtigsten Gebiete der Welt, in dem aus diesem Grunde sehr wichtige und politische Kämpfe konzentriert sind.

Die antiamerikanische Politik Irans, der nach dem Sturz des Schahs seine Rolle als der vorgeschobene Posten Amerikas im Mittleren Osten offensichtlich aufgab, die neue Lage Afghanistans, die sich weiterentwickelnde palästinensische Tatsache machen ein Tauziehen notwendig, welches auf eine Neuordnung des im Mittleren Osten aus der Balance geratenen Gleichgewichtes hinzielt.

In diesem neuuzuordnenden Gleichgewicht wird die Türkei gezwungen, eine gefährliche Rolle zu übernehmen, die sie vor einiger Zeit an den Iran abgetreten hatte, nämlich die Rolle des Gendarms der amerikanischen Interessen im Mittleren Osten.

Politische Mächte, die eine Tatsache übersehen, nämlich, daß "ES IM HINBLICK AUF DIE UNABHÄNGIGKEIT DIE NATIONALE SICHERHEIT ÜBER EIN BESTIMMTES MASS AUF AUSLÄNDISCHE MÖGLICHKEITEN UND BESONDERS AUF EINE EINZIGE QUELLE ZU STÜTZEN BEDIENKLICH IST" (Programm der CHP Seite 276), begünstigen mit bilateralen Abkommen, mit dem Verteidigungs- und Zusammenarbeitsabkommen (SIA) eine unsere absolute Unabhängigkeit verschattende Entwicklung; im Namen der nationalen Sicherheit bringen sie unser Land auf einen Weg, auf dem es keine Wendemöglichkeit gibt.

Dabei versuchen sie die Tatsache zu verschleiern, daß "EIN VOLK, WELCHES FÜR SEINE SICHERHEIT VOM AUSLAND IMMER ABHÄNGIGER WIRD, SEINE SOUVERENITÄT NICHT MEHR SCHÜTZEN KANN; UND WENN DIE UNABHÄNGIGKEIT VERLOREN GEHT, DIE SICHERHEIT KEINEN SINN MEHR HAT" (Programm der CHP Seite 267)

Die Demirel-Regierung, die das beste Beispiel für eine Regierung ist, welche politisch die "absolute Unabhängigkeitslinie" nicht schützen kann, führt unser Land in dem staubaufwirbelnden Durcheinander dieser blutigen Zeit in einen Abhängigkeitskreis, den unser Volk wissentlich nicht tolerieren kann.

Das ist die erste Ursache des verfloßenen und noch fließenden Blutes ... Die Opfer derjenigen, die die Abhängigkeitspolitik zu verschleiern versuchen, sind die erloschenen Lichter, die umgeknickten Blumen...

II ÖKONOMISCHES REZEPT DER MONOPOLE...

Andererseits trudelt die Türkei seit Jahrzehnten in einer ökonomischen Auffassung, die an die Fähigkeit der eigenen Quellen nicht glaubt und die Bedürfnisse unseres Volkes und die Arbeit mißachtet. Die Ergebnisse dieser ökonomischen Auffassung liegen klar auf der Hand: Die hohe Auslandsverschuldung, welche zu bezahlen gar für unsere Kinder schwer sein wird, das türkische Pfund das tagtäglich an Wert verliert, die Preissteigerungen, die Arbeitslosigkeit, die Armut... Unser "Nationalstolz", der vor den Türen des IWF's der OECD der EWG und der Weltbank wartet... Und die vielleicht ungerechte Einkommensverteilung der Welt.

Diejenigen, die trotz dieser negativen Ergebnisse mit dieser ökonomischen Richtung, sogar auf die Gefahr der Verschlimmerung der Ungerechtigkeiten hin, fortfahren wollen, halten die Macht in unserem Lande immer noch in den Händen. Die Demirel-Regierung versucht seit dem 24. Januar mit den ökonomischen Vorkehrungen, mit den Beschlüssen für die Freigabe der Zinssätze, die Wege für eine monopolistische Entwicklung in der Türkei einzuebnen. Sie wendet die internationalen Rezepte, die die absolute Herrschaft der monopolistischen Schicht mit ihren Banken und Bankiers und das Auslandskapital in einem vom Ausland total abhängigen Aufbau vorsehen, vollständig und als den einzigen Weg an. Diese Rezepte machen es notwendig, die erkämpften Rechte der Arbeitenden in unserem Land aufzuschieben oder gar aufzuheben.

Aus diesem Grunde schiebt Demirel in einem bisher noch nicht erlebten Maße die Streiks auf und versucht, dieses Recht der Arbeiter zu verhindern. Andererseits versucht er die Arbeitslosen, die wegen dieser schiefen Ordnung auf der Straße sind, gegen die streikenden Arbeiter aufzuhetzen, die unter diesen Lebensbedingungen ihre gerechtfertigten Streiks durchführen. Er läßt den Kleinhändler von dem Großhändler, den Handwerker von dem Industriellen, den Bauer von dem Wucherer niedermachen und überläßt den Beamten in den Klauen der Preiserhöhungen und des Hungers. Demirel setzt den Kampf seiner Klasse mit den veräterischsten Plänen fort.

Die Türkei erlebt zur Zeit einen moralischen und gesellschaftlichen Tiefpunkt einer ökonomischen Abhängigkeit vom Ausland, die auf die Gefahr der Überlassung der breiten Volksmassen in die Klauen der Preiserhöhungen, der Armut und der Schwierigkeiten hin eingesetzt wird, um die Interessen des Monopolkapitals zu wahren.

Das ist die zweite Ursache des blutigen Kampfes, in dem wir leben!

Denn eine solche ökonomische Entwicklung, dem Volk innerhalb einer Demokratie aufzuzwingen, ist in unserem Land nicht mehr möglich. Folgendermaßen drückt dies das Programm der CHP aus:

"IN LÄNDERN, DIE IN EINEM ENTWICKLUNGSPROZESS STECKEN, HABEN ES IN KAPITALISTISCHEN REGIMES SCHWER, EINE UNABHÄNGIGE VERTEIDIGUNGSPOLITIK UND AUSSENPOLITIK ZU BEFOLGEN, KÖNNEN AUCH NICHT AUSREICHEND DEMOKRATISCH UND FREIHEITLICH SEIN. DENN, DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATIE, DIE DAMIT VERBUNDENEN ARBEITERRECHTE UND DER DRUCK DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG BEUNRUHIGT DEN INTERNATIONALEN KAPITALISMUS, UNTER DESSEN EINFLUSS SOLCHE SICH IN EINEM ENTWICKLUNGSPROZESS BEFINDENDEN LÄNDERN GERATEN WERDEN. ER DENKT, DASS EIN REGIME, WELCHES DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATIE UND DEMOKRATISCHEN ARBEITERRECHTE BEGRENZT HÄLT, IHM NOCH MEHR GEWINNE EINBRINGEN, VON DEM MEHRWERT EINEN GRÖßEREN ANTEIL ÜBERLASSEN UND EINE BESSERE LENKUNG DER ÖKONOMIE ERMÖGLICHEN WIRD". (Programm der CHP Seite 279)

Ist die Macht die Quelle des Terrors?

Daher wollen die Herrschenden der Ökonomie und ihre politischen Repräsentanten in der Türkei in Wirklichkeit kein Ende des Terrors, obwohl sie in ihrem äußeren Anschein für das Gegenteil eintreten. Denn für sie ist der Terror ein willkommenes Mittel, um die verfassungsmäßigen, politischen, gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten aus der Welt zu schaffen und die Unterdrückungen verschärfen zu können.

So ist auch das heutige Regime, daß dem Anschein nach mit dem Terror kämpft, in Wirklichkeit darum bemüht, mit seinen Gesetzesentwürfen das Recht auf Streik zu verbieten, die Löhne der Arbeitenden einzufrieren und mit dem Ausnahmezustandsgesetz die Kriegerrechtspraktiken zu institutionalisieren und dadurch das freie Organisationsrecht und die Freiheit eines jeden, sein Recht zu suchen, abzuschaffen. Unter dem Deckmantel gegen den Terror zu kämpfen, wird in Wirklichkeit die Unter-

drückung, die Grausamkeiten, die Folter über die breiten Volksmassen verbreitert, "der Staatsterror" verschärft.

Um es mit den Worten des Vorsitzenden der CHP auszudrücken; welche bessere Begründung als des durch Terror und faschistische Angriffslust hervorgerufene, Durcheinander könnte man finden, damit "eine ökonomische Entwicklung nach dem südamerikanischen Modell" auf der politischen Plattform zu einem autoritären Regime hingelenkt werden kann?

III

"Der Kampf mit dem Faschismus" NICHT EIN BLOSSES SCHLAGWORT!

Diese blutige Flut, dieser Kampf entsteht nicht auf der Straße. Der Terror und diese faschistische Umklammerung fängt nicht auf der Straße an und endet auch nicht auf der Straße.

In der Dunkelheit dieses ganzen blutigen Durcheinanders versucht man die Türkei mit ihrer Ökonomie, Außenpolitik, Verteidigung und Kultur an den Westen anzunieten. Auf Kosten der breiten Volksmassen, die unbemerkt in einen Zustand der "Existenzangst" gestürzt worden sind, und auf die Gefahr ihrer stärkeren Verarmung hin, versucht man die Ausbeutung in der Türkei mit starken inneren und äußeren Sicherheiten zu manifestieren.

Die blutige Straße ist nur ein Deckmantel für diese ganze Entwicklung. Und die faschistische Entwicklung in unserem Land ist nur eine die Wahrheit blenkende Maske für die Abhängigkeit vom Ausland, für die Anflickung an den Westen und für die Ausbeutung.

Also ist "der Kampf mit dem Faschismus" nicht ein bloßes Schlagwort. Der Kampf gegen Faschismus, gegen die faschistische Angriffslust ist ein Kampf, der auf die Beendigung des Terrors hinzielt; er ist ein vielseitiger und schwerer Kampf, der es zwingend notwendig macht, gegen jegliche Abhängigkeit vom Ausland und gegen jedes Ausbeutungssystem fundamental entgegenzutreten.

IV

CHP AM 9. SEPTEMBER 1980

Deswegen fallen in dieser Lage, in der wir leben, auf alle Personen, Organisationen und Institutionen, die gegen den Faschismus sind und sich wünschen, daß dieser blutige Kampf und Terror sobald wie möglich ein Ende findet, und allen voran der CHP in Richtung einer ökonomischen Auffassung, die auf Freiheit, Demokratie und Überlegenheit der Arbeit basiert, schwere Aufgaben zu.

Heute am 9. September 1980, in ihrem 58. Gründungsjahr ist die CHP als die von Führern unseres glorreichen Befreiungskampfes gegründete Partei, als die Partei des Mustafa Kemals dazu verpflichtet, sich gegen jede Gefahr, die nach der Abhängigkeit unseres Landes trachtet, zu stellen. Als eine Partei, die genauso wie das Fundament der Unabhängigkeit auch das der Demokratie gelegt hat, ist es auch eine wichtige Aufgabe der CHP gegen jede offene Gefährdung der Demokratie Stellung zu nehmen.

Das Fundament sowohl der Unabhängigkeit, als auch der Demokratie ist ein organisiertes Volk mit Bewußtsein und Widerstandsfähigkeit. Deswegen ist die CHP gegen jedes Vorhaben und jede politische, gesellschaftliche und ökonomische Unterdrückung, um die Reaktionsfähigkeit des Volkes zu schwächen, entgegenzutreten; das demokratische Bewußtsein und die demokratische Kraft des Volkes gegen den Faschismus zu organisieren verpflichtet.

Die CHP muß die Sicherheit der Unabhängigkeit und der Demokratie und der Beschützer der ökonomischen Auffassung sein, die auf die Überlegenheit der Arbeit basiert.

Um diese unumgängliche Aufgabe zu bewältigen, muß die CHP die Forderungen der Gesellschaft für Frieden und Demokratie anführen und seine Kraft mit der zum Guten, nach Form gerichteten Dynamik der Gesellschaft vereinigen. Diese Vereinigung kann aber nur dadurch erfolgen, in dem die Partei den sich entwickelnden und ändernden Wünschen und Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend in einer zeitgenössischen demokratischen Auffassung sich zu erneuern und den Grundgedanken "Demokratie" sowohl in der Regierung als auch in der Opposition zu verwirklichen versucht.

Für Einheit und Zusammenleben...

Sonst kann eine CHP, die auf einer Linie hinter unserer Zeit und Gesellschaft gedrängt ist, sich hinten rechts von ihrer heutigen Lage und ihrem Programm befindet, die Führung der Gesellschaft nicht übernehmen. Eine CHP, die selbst in der Partei die Demokratie funktionsuntüchtig macht, die ihre eigene Satzung mißachtet, ihre schwergeprüften Organisationen auflöst, die in die Rolle einer zentralen Partei gedrängt wird, die nach rechts gezerrt wird, verliert die Möglichkeit der Beschützer der Demokratie, Unabhängigkeit und Gesellschaft zu sein; ja sie hätte sogar kein Recht mehr darauf.

Natürlich ist die Fähigkeit der CHP, die führende Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, in erster Linie von ihrer eigenen Einheit und Zusammenleben abhängig.

Aber "die Einheit der CHP in sich selbst" ist nicht durch die Liquidationspolitik und andererseits durch "schöne Reden für die Einheit" zu verwirklichen, sondern nur durch die Verteidigung der Grundregeln der Satzung, des Programmes, durch deren Realisation und durch die Kondensation aller Parteimitglieder möglich.

Die Einheit der CHP kann nur durch die bedingungslose Verteidigung unserer sechs Grundregeln (Republikanismus, Nationalismus, Laizismus, Revolution, Etatismus, Demokratie) und der sechs wichtigsten Programmpunkte (Unabhängigkeit, Gleichheit, Solidarität, Überlegenheit der Arbeit, Einheit der Entwicklung, Regierung des Volkes durch das Volk) sichergestellt werden. Genauso wie die Sicherstellung der Einheit der CHP ist die Lösung der Probleme der Türkei in Richtung der totalen Unabhängigkeit und Demokratie nur durch die peinliche Verwirklichung dieser Grundregeln und Ideale ohne Verzögerung möglich.

DIE DEMOKRATISCHEN KRÄFTE GEGEN DEN FASCHISMUS...

Deswegen muß die CHP, ohne Zeit zu verlieren, ihrerseits der Regierungszeit bis heute andauernde kompromißbereite, unentschlossene Haltung ändern. Sie muß an der Front der Arbeit Unabhängigkeit und Demokratie mit Entschlossenheit ihre Stellung beziehen und gegen diesen Sog, in der sich heute unsere Gesellschaft befindet, entschlossen Abwehr leisten.

Alle inneren und äußeren Fallen, die der Türkei gestellt sind, können durch die Solidarität aller antiimperialistischen, antifaschistischen, antimonopolistischen Kräfte innerhalb demokratischer Regeln beseitigt werden, wenn die CHP die Führung dieser Kräfte übernehmen würde.

Der Kampf gegen den Faschismus kann nur auf einer solchen Plattform realisiert werden und Gültigkeit erhalten. Nur durch diesen Kampf könnte der Faschismus besiegt werden.

Die versteckten Pläne des Faschismus gegen die Unabhängigkeit und für die Ausbeutung der Arbeitenden unseres Landes können aufgedeckt werden.

In unserem Land kann die Demokratie gerettet, der Frieden wiederhergestellt werden...

Die heutigen Führer der CHP, deren Gründung aus dem Bewußtsein unseres Befreiungskrieges hervorging, müssen die Lage, in der sich die Welt, unser Land und unsere Partei befinden, neu beurteilen und sehr bald die unumgänglichen Aufgaben einer von Atatürk gegründeten Partei auf ihre Schulter nehmen.

Das ist die Bedeutung des 9. September.

Darin liegt der Sinn, die Bedeutung und die Überlegenheit einer am 9. September 1923 gegründeten Partei.

| | |
|--|---------------------------------------|
| Veli ZEREN, MdB (Yozgat) | Ibrahim AKDOGAN, MdB (kocaeli) |
| Mehmet BALTA, MdB (Artvin) | Kemal ANADOL, MdB (Zonguldak) |
| Temel ATES, MdB (Ordu) | Gündüz ONAT, MdB (Kirkklareli) |
| Necati CEBE, MdB (Balikesir) | A.Emre ILERI, Senator (Nigde) |
| Nedim TARHAN, MdB (Adana) | Kaya BENGISU, MdB (Izmir) |
| Ferhat ARSLANTAS, MdB (Izmir) | Neccar TÜRKCAN, MdB (Izmir) |
| Yilmaz Cemal BOR, MdB (Nigde) | Mehmet SÖNMEZ, Senator (Hatay) |
| Ertugrul GÜNAY, MdB (Ordu) | Sami GÖKMEN, MdB (Mugla) |
| Sevil KORUM, MdB (Istanbul) | Nizamettin COBAN, MdB (Kütahya) |
| Mustafa GAZALCI, MdB (Denizli) | Mustafa SENTÜRK, MdB (Malatya) |
| Altan TUNA, MdB (Canakkale) | Iskan AZIZOGLU, MdB (Diyarbakir) |
| Süleyman GEMC, MdB (Izmir) | Yücel AKINCI, MdB (Konya) |
| Ismail Hakki ÖZTORUN, MdB (Adana) | Süleyman Siri ERGÜN, Senator (Edirne) |
| Mehmet Ali PESTILCI, Senator (Zonguldak) | Orhan Yagci, MdB (Bilecik) |
| Ismail AKIN, MdB (Afyonkarahisar) | Hüseyin KALELI, MdB (Konya) |
| Erol SARACOGLU, MdB (Ankara) | Süleyman Sabri OZKAL, MdB (Edirne) |

AUFRUF DER KÜNSTLER AUS DER TÜRKEI ZUM WELTTHEATERTAG

Vier Theaterkünstler aus der Türkei, Ayse Emel Mesci, Mahmut Gökgöz, Ragip Yavuz und Semah Gökgöz, die sich zur Zeit im Ausland aufhalten, veröffentlichten am 27. März zum Welttheatertag einen an die Theaterschauspieler der Welt gerichteten Aufruf. Dieser Aufruf hat den folgenden Wortlaut:

"Im Namen des Theaters gibt es heute in der gesamten Welt Begeisterung, Freude, Hoffnung. Und in der Türkei? Dort gibt es Grausamkeit, Folter, Gefängnisse, geraubte, verbotene Brechts, Satres, Gorkis, Nazm Hikmets. Es gibt Künstler, Intellektuelle, die in Gefängnisse gesteckt, gefoltert werden."

"Wir als Künstler aus der Türkei befinden uns auf den Spuren Pir Sultans, Yunus Emres, Köroglus. Wir werden es nicht zulassen, daß die Freiheitsidee zwischen den verfaulten Zähnen eines faschistischen Paschas zermalmt wird."

"Die Diener der faschistischen Junta Evrens wollten zuerst mit den Soldaten unsere Proben blockieren. Wir haben uns gewehrt. Wir wurden alle entlassen. Danach wurden unsere Häuser überfallen, unsere Bücher beschlagnahmt. Sie haben Suchbefehle herausgegeben, ihre Hunde auf uns gehetzt. Und sie haben uns ihrer Meinung nach zum Hungern, zum Leben ohne die Kultur, zu Gefängnis verurteilt. Aber wir sind diejenigen, die sie weder gestern noch heute noch morgen verurteilen können und werden."

"Wir als Theaterschauspieler aus der Türkei haben die Schlagkraft unserer Kunst stets gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Faschismus gerichtet. Mit unseren Herzen und unserem Kampf haben wir uns neben die Arbeiterklasse der Türkei und dem armen kurdischen Bauerntum gestellt. Es hat nicht ausgereicht. Aber es wird ein Tag kommen, wo es ausreichen wird."

"Heute wird auf der Türkeiibühne das Spiel "Prometheus in Ketten" von Aischillos gespielt. Die Rolle des Zeus hat der Staats- und Generalstabspräsident General Kenan Evren übernommen. Er gibt seine Befehle, um die vielen Prometheus an Ketten legen zu lassen."

"Theaterschauspieler, Künstler, Kunstliebhaber, Demokraten der Welt; heute ist ein Solidaritätstag, um alle faschistischen Juntens von Chile bis zur Türkei zu verfluchen. Es ist Krieg an der antifaschistischen Front. Wir laden alle in die Reihen ein."

"An diesem 27. März können wir nur trauern. Im Namen des Theaters. Aber Euch wünschen wir einen glücklichen Welttheatertag! Auf neue 27. Märzge gaffend, die in unserer Türkei freiheitlich gefeiert werden können, begrüßen wir alle Künstler, Kunstliebhaber und Völker der Welt!"

DER VORSITZENDE DER TÖB-DER LEGTE DEN ERZIEHUNGSVERANTWORTLICHEN DER BUNDESREPUBLIK DIE PROBLEME DER TÜRKEI IM HINBLICK AUF DIE ERZIEHUNG UND AUF DIE LAGE DER LEHRER DAR:

An der Pressekonferenz, die der Vorsitzende des TÖB-DER, Gültekin Gazioglu, und der Vorsitzende der GEW, Erich Frister, am 31. März 1981 um 13.00 Uhr in Bonn gemeinsam gaben, nahmen sehr viele türkische und europäische Journalisten teil. In seiner letzten Ausgabe hatte 'Bulletin' über das erste Treffen der beiden Gewerkschaftsvorsitzenden berichtet.

In der Pressekonferenz gab der Vorsitzende der GEW, E. Frister, seine an den Bundeskanzler und Bundesaußenminister adressierten Briefe bekannt. In diesen Briefen forderte E. Frister von den Herren Schmidt und Genscher dahingehend Wirkung auszuüben, daß die Menschenrechte und gewerkschaftlichen Freiheiten in der Türkei wiederhergestellt und die inhaftierten Gewerkschaftler entlassen werden. Der Vorsitzende der GEW gab außerdem bekannt, daß beschlossen wurde, den Funktionären der TÖB-DER Hilfe zu leisten und zuerst eine Unterstützung von DM 10.000 zu übergeben. Generell versprach die GEW der TÖB-DER eine vielseitige Solidarität.

Der Vorsitzende der TÖB-DER, Gültekin Gazioglu, machte in dieser Pressekonferenz wieder einmal auf die Unterdrückungen und Repressalien aufmerksam, denen die Funktionäre und Mitglieder der TÖB-DER in der Türkei ausgesetzt waren und sind, und belegte diese Behauptungen. Ferner sprach er über den Charakter der Junta und über die Folterungen, denen inhaftierte Gewerkschaftler und Demokraten ausgesetzt sind. Zum Schluß beantwortete er die zahlreichen Fragen der anwesenden Journalisten.

Am gleichen Tag um 17.00 Uhr trafen die beiden Gewerkschaftler mit den verantwortlichen Beamten des Bundeserziehungsministeriums zusammen. In diesen Gesprächen gab G. Gazioglu diesen Verantwortlichen des Ministeriums über die Probleme und Lage der Erziehung und der Lehre in der Türkei detaillierte Informationen. Die beauftragten Beamten schlugen G. Gazioglu vor, diese Informationen auch in einer Versammlung, an der die Abgeordneten des Bundestages auch teilnehmen, erneut vorzutragen. Man einigte sich schließlich darauf, eine von der GEW zu koordinierende Versammlung zu veranstalten.

Kurze Zeit später traf der Vorsitzende der TÖB-DER mit türkischen und deutschen Lehrern in Köln zusammen. Die herzliche Diskussion und der Informationsaustausch stieß auf reges Interesse der Lehrer, die G. Gazioglu Ihre Solidarität mit der TÖB-DER bezeugten.

Ein regelmäßiger Informationsdienst über politische, gewerkschaftliche und soziale Entwicklungen in der Türkei;

ABONNIEREN SIE INFO-TÜRK BULLETIN

INFO - TÜRK BULLETIN ist ein Herausgeber- und Vertriebs-Kollektiv in mehreren europäischen Ländern. Seit fünf Jahren gibt es INFO-TÜRK BULLETIN in fünf Sprachen (Englisch, Französisch, Flämisch, Deutsch und Türkisch).

Postfach 10 06 30
D-4220 Dinslaken 1

EIN JAHRESABONNEMENT DER AUSGABE IN DEUTSCHER SPRACHE KOSTET DM 45.-

Bitte machen Sie ihre Bestellung durch Einzahlung des entsprechenden Betrages auf folgendes Konto;

110 / 3258 bei der Deutschen Bank
Dinslaken (BLZ. 350 700 30)

oder senden Sie uns einen Scheck über diesen Betrag zusammen mit einer Karte oder mit einem Brief, in dem Sie uns mitteilen, daß Sie Ihr Abonnement aufnehmen wollen.